



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
12. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.09.2024
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	20:27 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Michelle Akyurt - CDU	
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU	
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender	
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
Gregor Voht - SPD & FW	

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Sandra Odendahl - SPD & FW	als Vorsitzende
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI	
Nil Gersdorf - CDU	
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW	
Rainer Holtz - AfD	
Delf Kröger - CDU	
Max Manegold - FDP	
Burghard Speckmann - SPD & FW	Vertretung für Odendahl

Beiratsmitglieder

Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen	bis TOP 5.2; 19.45 Uhr
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen	bis TOP 4.5 ; 18:30 Uhr
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen	bis TOP 5.2; 19:45 Uhr

Verwaltung

Daniel Blank - FBC FB 2	
Karin Claus - Soziale Sicherung	

Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	nur öffentlicher Teil
FB 2 Personalrat - Personalrat	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlicher Teil
Eric Zschech - Soziale Sicherung	bis TOP 4.3; 18:00 Uhr
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration	nur öffentlicher Teil
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE	bis TOP 4.5; 19:00 Uhr
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	bis TOP 4.3; 17:45 Uhr
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Katrin Eilts-Köchling - Gesundheitsnetzwerk	bis TOP 6.3 ; 16:40 Uhr (vorgezogen)
Auxiliar-Kapitänin Rosi Scharf - Heilsarmee Lübeck	bis TOP 4.1; 17:08 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Renate Prüß - SPD & FW	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.07.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Informationen aus der Wohngeldbehörde	
3.2	NEU: Anfrage Frau Akyurt zum Krankenstand im Bereich 2.500	
3.3	NEU: Anfrage von Frau Akyurt zum Gesetz über Pflegeeinrichtungen	
3.4	NEU: Anfrage von Frau Siegenbrink zum Sachstand zur evtl. Pflegeeinrichtung in der Schwartauer Landstraße	
3.5	NEU: Anfrage von Frau Siegenbrink zu ändern Pflegeeinrichtungen in der Hansestadt Lübeck	
3.6	NEU: Anfrage von Frau Siegenbrink zum Sachstand zum Housing First	
3.7	Information zur Bahnhofsmission	
3.8	NEU: Anfrage von Frau Akyurt zur Verweisung des TOP 11.1 in den nichtöffentlichen Teil	
4	Berichte	
4.1	Bericht zum Antrag von AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Mane-gold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931-02
4.2	Armut- und Sozialbericht 2022 - Teil 2: Erster Zwischenbe-richt zu den priorisierten Handlungsempfehlungen	1778-01-02-01-01
4.3	Mehrgenerationenhaus Eichholz	VO/2024/13467
4.4	Bericht über die Bewilligung des Antrages für den 3. Förder-auftrag des Förderprojektes "Digitales Gesundheitsamt 2005"	
4.5	Abschluss eines Mietvertrages zum Betrieb einer Senior:In-neneinrichtung; Bericht und Beantwortung von Anfragen aus der Politik	VO/2024/13197-02
5	Beschlussvorlagen	

5.1	Haushalt 2025	VO/2024/13494
5.2	Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft für die Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach dem 8. Kapitel, Teil 2, des Sozialgesetzbuches (SGB) IX sowie die Durchführung der Jahresabschlussprüfung der Arbeitsergebnisse von Werkstätten für Menschen mit Behinderung	VO/2024/13488
5.3	Abschluss eines Rahmenvertrages Schleswig-Holstein nach § 131 SGB IX	VO/2024/13486
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren	VO/2024/13171-04
6.2	Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren	VO/2024/13171-05
6.3	Beirat für Senior:innen AT betr. Förderung der Koordination von Aktivitäten in regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken	VO/2024/13371-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die stellv. Vorsitzende Frau Odendahl begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Gäste Frau Scharf von der Heilsarmee und Frau Eilts-Köchling vom Gesundheitsnetzwerk und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Sie schlägt folgende Änderungen für die Tagesordnung vor:

TOP 4.4 und 13.1 werden vertragt, da die Verwaltungsvorlagen noch nicht vorliegen
TOP 6.3 wird vorgezogen, weil Frau Eilts-Köchling zum TOP gehört werden soll und aufgrund eines Folgetermins nicht lange bleiben kann

Der Ausschuss beschließt einstimmig diese Änderungen der Tagesordnung.

Die stellv. Vorsitzende lässt über die Zuordnung der TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen.
Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann, Herrn Blank, Frau Claus von der Verwaltung und dem Personalrat des Fachbereiches 2 im nichtöffentlichen Teil.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.07.2024

Die Protokollführung verliert eine Änderungsmitteilung von Herrn Müller zum Protokoll 02.07.2024 zu TOP 4.3

Irrtümlich wurde hier Herr Müller-Lornsen benannt, aber Herr Müller hatte in der Sitzung die Anmerkung gemacht.

Korrigiert wird: *„Herr Müller schließt sich Herrn Dr., Mischnik an und erfragt, ob der psychosoziale Wegweiser um Apps und Links erweitert werden kann.“*

Herr Kröger bittet seine Äußerung zum Suizidpräventionsgesetz aufzunehmen.

Es wird daher ergänzt: *„Er verweist auf die Beratung zur Einführung eines Suizidpräventionsgesetzes im Rahmen der Suizidpräventionsstrategie des Bundes. Dies sollte abgewartet werden.“*

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die stellv. Vorsitzende lässt über die Niederschrift mit den aufgeführten Änderungen abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Informationen aus der Wohngeldbehörde

Frau Claus berichtet, dass das Pilotprojekt „E-Akte“ in der Wohngeldbehörde abgeschlossen wurde. Damit werden jetzt alle Neuanträge auf Wohngeld in einer E-Akte erfasst. Die noch laufenden Fälle werden bis Mai 2025 ebenfalls in einer E-Akte münden, da diese im Rahmen eines vorgeschriebenen Weiterleistungsantrags in dieser Zeit neugestellt werden.

Hierzu sprechen Frau Siegenbrink und Frau Dr. Schleker, die erfragt, ob weiterhin Papieranträge möglich sind. Frau Claus berichtet, dass Anträge weiterhin in Papierform eingereicht werden können und dann eingesacant werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 NEU: Anfrage Frau Akyurt zum Krankenstand im Bereich 2.500

Frau Akyurt erfragt den Krankenstand im Bereich 2.500.

Frau Senatorin Steinrücke verweist dazu auf den TOP 11.1 im nichtöffentlichen Teil. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 NEU: Anfrage von Frau Akyurt zum Gesetz über Pflegeeinrichtungen

Frau Akyurt erfragt, ob es ein Gesetz gibt, wonach Pflegeeinrichtungen keine Defizite machen dürften.

Herr Wadehn gibt an, dass es ein solches Gesetz seines Wissens nach nicht gäbe, da er es ansonsten kennen müsste.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.4 NEU: Anfrage von Frau Siegenbrink zum Sachstand zur evtl. Pflegeeinrichtung in der Schwartauer Landstraße

Frau Siegenbrink erfragt, ob es ein Ergebnis zur Prüfung einer neuen Senior:inneneinrichtung in der Schwartauer Landstraße gibt.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, der Ausschuss würde absprachegemäß über neue Sachstände informiert werden, aber hierzu gibt es nichts Neues zu berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 NEU: Anfrage von Frau Siegenbrink zu andern Pflegeeinrichtungen in der Hansestadt Lübeck

Frau Siegenbrink erfragt, ob die Stadt auch Kenntnis von anderen neuen Pflegeeinrichtungen im Stadtgebiet hat, die nicht städtisch sind.

Frau Claus erklärt, das ihr hierzu nichts bekannt ist, sie das beim Pflegestützpunkt erfragen und dem Ausschuss berichten wird.

zu 3.6 NEU: Anfrage von Frau Siegenbrink zum Sachstand zum Housing First

Frau Siegenbrink erfragt den Sachstand zum Housing First.
Frau Steinrücke verweist hierzu auf eine vorbereitete Power Point Präsentation, die im TOP 11.1 gezeigt wird.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.7 Information zur Bahnhoßmission

Frau Claus berichtet, dass die Bahnhoßmission mit dem Bereich im Kontakt steht und einen Bedarf für eine neue Stelle aufgezeigt hat. Die geänderte Lage mit den erhöhten Besucher:innenzahlen wurde gegenüber dem Bereich angezeigt. Der Bereich 2.500 hätte gern hierzu eine Verwaltungsvorlage vorgelegt. Dies war jedoch nicht möglich. (Gründe werden unter TOP 11.1 berichtet).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.8 NEU: Anfrage von Frau Akyurt zur Verweisung des TOP 11.1 in den nichtöffentlichen Teil

Frau Akyurt hinterfragt, warum die hier gestellten Fragen erst im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden und mutmaßt, dass die Antworten auch für die anwesende Öffentlichkeit interessant sein könnten.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass es hier auch um detaillierte Angaben zum städtischen Personal geht, das schützenswert ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Im Anschluss an TOP 3.8 wird der TOP 6.3 beraten.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Bericht zum Antrag von AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931-02**

Frau Scharf vom Begegnungstreff „Salut“ berichtet von der Arbeit, benennt das Klientel und betont die Barrierefreiheit dieser Begegnungsstätte.

Frau Akyurt würde gern eine detaillierte Darstellung der bestehenden und benannten Angebote aus der Vorlage bekommen (Öffnungszeiten, betroffener Personenkreis udgl.). Frau Claus berichtet vom niedrigschwelligen Angebot des Cafe W.U.T. in der räumlichen Nähe.

Frau Siegenbrink verweist auf den ursprünglichen Antrag und bemerkt die fehlenden Finanzierungsoptionen in der Vorlage.

Frau Senatorin Steinrücke betont, dass die Stadt hier noch nie in die Finanzierung eingebunden war, obwohl die Bedarfe gesehen werden. Sie berichtet vom vorgelegten Kurzkonzept der Heilsarmee. Ferner erklärt sie, dass der Bericht die fachliche Beurteilung der Verwaltung beinhaltet. Seitens der Stadt werden keine finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten gesehen.

Frau Bach bittet bei der detaillierten Darstellung der anderen Angebote auch die Barrierefreiheit anzugeben.

Weiter sprechen Frau Gröschl-Bahr und Herr Müller, der darauf hinweist, dass auch andere Einrichtungen schließen.

Frau Scharf erklärt, dass es nur noch einen verbleibenden Mitarbeiter gibt, der keine Ressourcen hat, um Konzepte zu fertigen.

Frau Akyurt bedankt sich bei der Verwaltung für die fachliche Einschätzung und bedauert, dass bei einer Schließung der Begegnungsstätte gewachsene Strukturen verloren gehen, sieht aber auch die Verantwortung bei der Heilsarmee.

Frau Siegenbrink bittet um die schnelle Übermittlung der gewünschten Darstellung der weiteren bestehenden Angebote, damit diese für die Haushaltssitzung vorliegen.

Herr Voht trägt vor, dass der Ausschuss den weitergehenden Antrag von AM Müller in der Vergangenheit abgelehnt hat, weil zunächst eine fachliche Einschätzung vorgelegt werden sollte. Diese liegt jetzt mit dem Bericht vor. Damit hat die Verwaltung den Auftrag erfüllt und auch er hält es für wünschenswert, die Nachreichungen vor der Haushaltssitzung zu bekommen.

Frau Gröschl-Bahr fehlt ein Gesamtkonzept.

Frau Steinrücke erklärt, dass es nicht die alleinige Verantwortung der Stadt ist, hier das Salut zu ermöglichen.

Herr Müller erfragt, was die Heilsarmee selbst zum Erhalt beiträgt und hinterfragt, woher die Gäste kommen.

Frau Scharf konkretisiert den Bedarf auf 1,5 Stellen, da ggf. der Rest von der Heilsarmee gedeckt werden könnte. Sie berichtet, dass die Gäste natürlich aus der Innenstadt, aber auch aus Kücknitz und Moising kommen.

Frau Dr. Schleker erfragt, ob es im nahegelegenen Männerwohnheim auch Essen geben würde und man da evtl. Synergien schaffen und im Salut das Angebot reduzieren könnte.

Frau Scharf erklärt, dass das Männerwohnheim ein Selbstversorgerhaus ist und die Bewohner das Salut sozusagen als „Wohnzimmer/Aufenthaltsraum“ nutzen, was im Wohnheim nicht möglich ist.

Die stellv. Vorsitzende stellt abschließend fest, dass die Fragen durch die Verwaltung beantwortet werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Gemäß Antrag im Sozialausschuss vom 06.02.2024 wurde die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das Café Salut (finanziell) unterstützt werden kann, insbesondere sollte dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden. Hierzu wird wie folgt berichtet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2 Armuts- und Sozialbericht 2022 - Teil 2: Erster Zwischenbericht zu den priorisierten Handlungsempfehlungen
Vorlage: 1778-01-02-01-01

Herr Zschech stellt anhand einer Power Point Präsentation den Werdegang zu den jetzt vorliegenden priorisierten Handlungsempfehlungen vor.

Frau Akyurt hatte sich konkrete Maßnahmen gewünscht und hält es für schwer vermittelbar, 166 TEUR für weitere Konzepte auszugeben.

Herr Zschech stellt dar, dass bei der Sozialraumorientierung ein strukturiertes und planvolles Vorgehen essentiell ist. Hierzu sollte u.a. ein ganzheitliches Konzept entwickelt werden. Gleichzeitig betont er, dass man hier nicht zwei Stellen zur Konzepterarbeitung schaffen möchte.

Vielmehr sollen die neuen Kolleg:innen direkt ins Handeln einsteigen. So sollen u.a. die bestehenden Dienste vor Ort beraten werden und es soll zudem erhoben werden, was im Sozialraum benötigt wird.

Frau Odendahl stellt die Fragen, warum die Politik nicht beauftragt, wenn doch genug Konzepte vorliegen.

Frau Bach erfragt, die Auswirkungen, wenn nur eine Stelle geschaffen werden würde.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass man dann trotzdem starten könnte, nur die Umsetzung länger dauern würde.

Frau Gröschl-Bahr fasst zusammen, dass man sich konkrete Maßnahmen gewünscht hat und da diese jetzt vorliegen, sollen wieder Konzepte erarbeitet werden. Im Ausschuss sei bereits die Frage gestellt worden, was es bereits in der Hansestadt geben würde. Mit diesem ersten Handlungsvorschlag würde das abgebildet werden. Diese Bestandsaufnahme ist ein wesentlicher Teil. Zudem berichtet sie von Projekten in anderen Städten, in dem auch z.B. die Famka (Familienkassen) mit eingebunden wurden.

Herr Voht erklärt, es würde der Eindruck entstehen, dass eine sozialpolitische Gestaltung nicht gewollt ist, wenn auch dieser Vorschlag erneut nicht angenommen wird. Dann hätte die Verwaltung viel gearbeitet und Konzepte erarbeitet, aber für die Bevölkerung sei nichts gewonnen.

Herr Bergmann bietet die Unterstützung des Beirates an.

Herr Dr. Grohmann verweist auf die Streichung der finanziellen Mittel für die Quartierstöpfle. Frau Senatorin Steinrücke korrigiert die Aussage, denn die Quartierstöpfle sind aufgrund der Haushaltssperre eingefroren worden.

Frau Akyurt betont erneut, dass konkrete Vorschläge fehlen die umgesetzt werden können. Frau Funk befürwortet, es, der ersten Empfehlung zu folgen, um erst einmal zu starten und die „Plattform“ auch für Ergänzungen aus der Bevölkerung zu öffnen.

Frau Odendahl merkt an, dass die SPD+FW einen Antrag zur Bestandsaufnahme aller Angebote formuliert hat, welcher leider abgelehnt wurde. Die Bestandsaufnahme hätte demnach bereits vorliegen können.

Herr Müller fasst zusammen: Geld hilft gegen Armut. Wenn jetzt hier die zwei Stellen beschlossen werden, hilft das noch nicht gegen die Armut.

Herr Zschech betont, dass man nun erst einmal wie von der Politik gewünscht „ins Handeln“ kommen muss und aus fachlicher Sicht dafür parallel ein grundsätzlich strukturiertes Konzept erarbeitet werden soll.

Herr Voht beschreibt nochmal div. Anträge der SPD+FW, die abgelehnt wurden und begründet damit die von ihm genannten Zweifel, ob seitens des Ausschusses überhaupt ein sozialraumorientiertes konzeptionelles Handeln gewollt ist.

Frau Senatorin Steinrücke bekräftigt ihr Verständnis, dass die Politik ein konkretes Handeln wünscht, aber dieses ist ohne Konzept nicht möglich.

Frau Bach erfragt, ob die Smartcity-Plattform bereits läuft. Herr Zschech berichtet, dass die Vorbereitungen laufen, aber es nun an Personal fehlt, um Teil 1 umzusetzen.

Frau Akyurt stellt einen den Antrag auf Vertagung. Dieser wird kontrovers diskutiert , da bereit eine ausgiebige Beratung erfolgt ist.

Die stellv. Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss entscheidet mit 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen die Vertagung.

Die stellv. Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine 10 minütige Pause von 18:00 Uhr bis 18:10 Uhr.

Beschluss:

Mit dem Bürgerschaftsbeschluss VO 3/11778-01-02-01 vom 30.05.24 wurde die Verwaltung beauftragt, die Handlungsoptionen des zweiten Teils des Armuts- und Sozialberichts 2022 bis zur Bürgerschaftssitzung im September 2024 zu priorisieren und konkrete Handlungsempfehlungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 4.3 Mehrgenerationenhaus Eichholz
Vorlage: VO/2024/13467**

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und Herr Blank berichtet von den Gesprächen in einer großen Runde mit wichtigen Akteuren vor Ort. Als Ergebnis hieraus lässt sich festhalten, dass eine personelle Aufstockung notwendig ist, um die Öffnungszeiten zu erweitern und weitere Angebote zu entwickeln.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet von den am Morgen der Sitzung eingegangenen Fragenkatalog von AM Müller-Lornsen zu dieser Vorlage, die aufgrund der Kürze der Zeit erst im Nachgang beantwortet werden können.

Frau Akyurt erklärt, bezugnehmend auf die Nummer 1 der VO 12224, dass eine Ausweitung des Angebotes sicher aufgrund der Haushaltslage schwierig sein wird, aber das bestehende Angebot gesichert werden sollte. Hierzu sind die Kosten zu benennen. Ferner sollte nachgereicht werden, mit wem gem. Nr. 4 der o.g. Vorlage gesprochen wurde und ebenso das Ergebnis der Gespräche.

Herr Müller-Lornsen trägt die eingereichten 7 Fragen vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Weiterentwicklung und Ausweitung der städtischen Finanzierung

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.4 Bericht über die Bewilligung des Antrages für den 3. Förderaufruf des Förderprojektes "Digitales Gesundheitsamt 2005"

vertagt

**zu 4.5 Abschluss eines Mietvertrages zum Betrieb einer Senior:Inneneinrichtung; Bericht und Beantwortung von Anfragen aus der Politik
Vorlage: VO/2024/13197-02**

Frau Akyurt hat zu dieser Vorlage noch weitere Fragen und bietet an, diese Fragen im Hauptausschuss zu stellen, um die Sitzung nicht unnötig in die Länge zu ziehen.

Herr Bergmann wirbt eindringlich für die Zustimmung zum Mietvertrag mangels einer vernünftigen Alternative und verweist in seiner Begründung u.a. auf den Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen.

Frau Gröschl-Bahr befürwortet die Sanierung im Bestand und sieht auch den Umgang mit dem Personal gut umgesetzt, denn dieses Personal wird dringend benötigt und sollte in keinem Fall entlassen werden.

Herr Müller erfragt, ob nun eine Entscheidung im Hauptausschuss möglich sein wird und wie man sich jetzt im Hauptausschuss verhalten wird.

Frau Dr. Schleker verweist auf eine bekanntermaßen hohe Anzahl von Suiziden in Pflegeeinrichtungen und verweist auf die Besonderheit der gerontopsychiatrischen Abteilung in der Pflegeeinrichtung Am Behnckenhof und das entsprechende ausgebildete Personal vor Ort. Dieses dürfe in keinem Fall verloren gehen. Auch sie bekräftigt noch einmal, dass das Haus unbedingt erhalten bleiben muss und empfiehlt die Verlängerung des Mietvertrages.

Frau Akyurt bedankt sich für die Beantwortung der Fragen und konkretisiert die offenen gebliebenen Fragen: Fragen zum EU-Beihilferecht, zu den Vergleichen mit anderen Einrichtungen, zur Refinanzierung, Mietvertrag über 25 Jahre ohne Sonderkündigungsrecht, Benchmarking und das Einrichten einer komplett neuen Einrichtung.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass der Auftrag der Politik die Verhandlung zur Verlängerung des Mietvertrages war. Dieses hat die Verwaltung erfüllt. Eine einzelne neue Einrichtung könne aufgrund des Auftrages der Politik, dass vor weiteren Planungsschritten ein Gesamtfinanzierungskonzept vorlegen muss, nicht gesondert betrachtet werden.

Frau Hartfuß erklärt, dass der Mietvertrag beide Seiten ein außerordentliches Kündigungsrecht vorsieht, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Weitere Antworten zu Fragen von Herrn Dr. Flasbarth werden als Folie an die Wand geworfen. Es wird gebeten, die Antworten dem Protokoll beizufügen.

Frau Siegenbrink erklärt, dass es vor dem Hintergrund des dargestellten und möglichen Defizits in Höhe von 8 Mio € schwierig ist, eine Entscheidung zu treffen.

Um dieses zu vermeiden, müsste das Personal entlassen werden, was, so Frau Senatorin Steinrücke, nicht gewollt und nicht geplant ist.

Auch Herr Voht betont eindringlich, dass der Behnckenhof erhalten bleiben sollte.

Frau Akyurt bestreitet, dass die Beschlüsse der Politik den Fortschritt verhindern und merkt an, dass man zeitlich weit hinter den Planungen zurückliegt.

Frau Herrmann erklärt als Vorsitzende des Personalrates der SIE, dass die Belegschaft verunsichert ist und das Gefühl hat, dass der Behnckenhof nicht mehr gewollt ist. Sie betont noch einmal die wichtige Bedeutung einer kommunalen Pflegeeinrichtung und bezeichnet es als „Goldstück“.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushalt 2025
Vorlage: VO/2024/13494**

Herr Blank stellt anhand eine Power Point Präsentation die Eckdaten des gesamtstädtischen Haushaltes und die wichtigsten Punkte der Haushaltsplanung des Fachbereiches 2 vor.

Frau Siegenbrink stellt div. Fragen zum gesamten Haushalt, die zum größten Teil beantwortet werden konnten. Ein Teil wurde aufgenommen und an den Bereich Haushalt und Steuerung weitergeleitet.

Ebenso stellt Herr Müller-Lornsen Fragen zum Haushalt, die ebenfalls zur Beantwortung weitergegeben werden.

Die Haushaltsvorlage wird ohne Votum weitergeben.

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2025, bestehend aus

dem Vorbericht	Anlage 1
je Produkt dem Teilergebnis- und dem Teilfinanzplan	Anlage 2
dem Stellenplan sowie	Anlage 3
dem Beteiligungsbericht	Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrundeliegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten	Anlage 5
werden wie auch die Durchführungsbestimmungen zur Bewirtschaftung des Haushalts	Anlage 6
und die Übersichten zu den erhobenen Gebühren und Entgelten zur Kenntnis genommen.	Anlage 7

3. Zur Verringerung des Defizits werden Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen und der Bürgermeister mit deren Durchführung beauftragt.	Anlage 8
---	----------

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.

5. Aufgrund der §§ 77ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom ... folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 wird

1. im Ergebnisplan mit	
einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.129.625.900EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.229.108.200EUR
einen Jahresüberschuss von	
einen Jahresfehlbetrag von	99.482.300 EUR

2. im Finanzplan mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.099.449.800EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.170.404.100EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	118.202.400EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	155.871.800 EUR

festgesetzt.

(Stand: 20.08.2024)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	81.427.000 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	84.970.000 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	360.000.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	4.367,217

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer: der Hebesatz wird mit einer gesonderten Hebesatzsatzung im November 2024 beschlossen.
2. Gewerbesteuer: 450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt 400.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2025 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2024 (4.264,5 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2025 um die sich aus der

Anlage 3

ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 festgesetzt: 4.367,217 Planstellen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

**zu 5.2 Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft für die Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach dem 8. Kapitel, Teil 2, des Sozialgesetzbuches (SGB) IX sowie die Durchführung der Jahresabschlussprüfung der Arbeitsergebnisse von Werkstätten für Menschen mit Behinderung
Vorlage: VO/2024/13488**

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Dem Abschluss des Vertrages zwischen der Hansestadt Lübeck und der Koordinierungsstelle soziale Hilfen der schleswig-holsteinischen Kreise (KOSOZ AöR) über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft für die Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach dem 8. Kapitel, Teil 2, des Sozialgesetzbuches (SGB) IX wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

**zu 5.3 Abschluss eines Rahmenvertrages Schleswig-Holstein nach § 131 SGB IX
Vorlage: VO/2024/13486**

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck nimmt das Ergebnis der Verhandlungen zum Abschluss eines Rahmenvertrages Schleswig-Holstein nach § 131 SGB IX zur Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe in der als Anlage beigefügten Fassung vom 14.06.2024 zustimmend zur Kenntnis und bevollmächtigt den Geschäftsführer des Städteverbands

Schleswig-Holstein, Herr Marc Ziertmann, zur Unterzeichnung des Rahmenvertrages im Namen der Hansestadt Lübeck.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft der Vorlage zuzustimmen.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 6.1 Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren Vorlage: VO/2024/13171-04

TOP 6.1. und TOP 6.2 werden zusammen beraten.

Die stellv. Vorsitzende verweist auf die allen Mitgliedern zugegangenen Aussage des Rechtsamtes und berichtet, dass der Ausschuss selbst entscheiden muss, ob eine Zuständigkeit für die Anträge gesehen wird.

Herr Voht schlägt vor, dass die Ausschussvorsitzende an der gemeinsamen Sitzung teilnehmen und dem Ausschuss im Anschluss berichten sollte.

Frau Akyurt spricht sich für die Teilnahme an der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Schule und Sport und Jugendhilfeausschuss aus.

Frau Funk sieht bei beiden Anträgen keine Zuständigkeit für den Ausschuss für Soziales und spricht sich gegen eine Teilnahme an der geplanten gemeinsamen Sitzung aus.

Herr Müller und Herr Müller-Lornsen bekräftigen erneut, warum der Ausschuss hier zuständig ist

Die stellv. Vorsitzende lässt über die Zuständigkeit abstimmen:

Der Ausschuss entscheide mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen, dass eine Zuständigkeit gesehen wird und nimmt damit an der gemeinsamen Sitzung teil und vertagt damit die Vorlage.

Beschluss:

Vergleichende Kosten- und Zeitschätzung für Förderschulmodelle in Lübeck

Die Verwaltung wird gebeten, bis August 2024 den voraussichtlichen Kostenplan für Förderschulen

a) für die im Bericht VO/2024/13171 von der Lübecker Verwaltung dargelegten Planung des Förderschulbaus und dazu im Vergleich

b) die Kosten für "Förderschule ohne Schüler*innen" nach dem Vorbild der schleswig-holsteinischen Kommunen Eutin und Schwarzenbek in Adaption für Lübeck

darzulegen.

Darzulegen ist ebenfalls im Vergleich die jeweils zeitliche Dauer für die Realisierung der zwei verschiedenen Modelle a) und b).

Sowohl bei den Kosten- als auch der Zeitplanung reicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine erste Kosten- und Zeitschätzung basierend auf den zum jetzigen Zeitpunkt im Rahmen dieses Berichtsantrags für eine Kosten- und Zeitschätzung verfügbaren Daten. Einschlägige Daten aus dem Bereich des Schulbaus inkl. Schulsanierungen Lübecks sind hierbei für die Schätzung heranzuziehen, sofern diese geeignet erscheinen und/oder wenn es keine anderen nutzbaren Daten geben sollte.

Bei der vergleichenden Zeit- und Kostenschätzung sind die jeweils mit Schulbau verbundenen

- gesetzlichen Klimaschutzvorschriften in der Zeit- und Kostenfolge sowie
- Umweltfolgekosten inkl. der finanziellen Auswirkung von gegebenenfalls neuer Flächenversiegelungen

zu berücksichtigen.

Bei dem Kostenvergleich sind ebenfalls die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Gebäude nach a) und b) für Lübeck einander vergleichend gegenüberzustellen (wie z.B. Hausmeister- und Sach-/Materialkosten für Gebäudeinstandhaltung, Reinigungspersonal/-kosten der Gebäude, Energiekosten etc.).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 6.2 Fraktion LINKE & GAL zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren Vorlage: VO/2024/13171-05

Gemeinsam beraten mit TOP 6.1

Beschluss:

1. Der Beirat und die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung werden in den Ausschuss für Soziales und/oder Ausschuss für Schule und Sport eingeladen, um sie zu dem Bericht Schulentwicklungsplanung Förderzentren anzuhören.
2. Der Bericht wird bis dahin zurückgestellt.

3. Zu der Sitzung werden weitere Initiativen, wie die Initiative Inklusion eingeladen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 6.3 Beirat für Senior:innen AT betr. Förderung der Koordination von Aktivitäten in regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken
Vorlage: VO/2024/13371-01**

Beratung nach TOP 3.8

Frau Eilts-Köchling berichtet von der Arbeit und auch von dem Bedarf einer weiteren Stelle im Palliativnetzwerk.

Hierzu sprechen Herr Müller und Frau Siegenbrink,

Die Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge aufgrund der Frist 30.09.2024 bereits jetzt beschließen:

Der Bürgermeister möge die Kooperationsvereinbarung:

Förderung der Koordination von Aktivitäten in regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken (HPNW) durch eine Netzwerkkoordinatorin oder einen Netzwerkkoordinator

gemäß § 39d SGB V

für das Förderjahr 2025

unterzeichnen und die dazu notwendigen Finanzmittel von EUR 15.000,-- in den Haushalt einstellen.

Eine Förderung von EUR 15.000,-- kann nur dann erhalten werden, wenn folgende Bestätigung vorliegt:

Bestätigung des Landkreises/der kreisfreien Stadt über eine beabsichtigte/zugesagte Förderung der Netzwerkkoordination nach § 3 Abs. 10 der Förderrichtlinie nach § 39d Abs. 3 SGB V

Zum Förderantrag lt. o.a. Netzwerkkoordination muss auch ein Konzept und Kooperationsvereinbarung mit eingereicht werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig der Bürgerschaft der Vorlage zuzustimmen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8 Verschiedenes

Die Protokollführung teilt mit, dass mangels Themen die geplante Sitzung am 16.10.2024 ausfallen wird.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Die stellv. Vorsitzende schließt um 19:53 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:55 Uhr von der stellv. Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die stellv. Vorsitzende berichtet, dass die Niederschrift vom 02.07.2024 genehmigt wurde und schließt um 20:27 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 24. September 2024

Sandra Odendahl
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung